



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910

304 (5.7.1910) Abendblattt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-142467](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-142467)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegraphen-Adresse:
„General-Anzeiger
Mannheim“.

Telefon-Nummern:
Direktion, Buchhaltung 1440
Druckerei-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 341
Redaktion 377
Expedition und Verlags-
buchhandlung 318

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Geliefenste und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/9 Uhr, für das Abendsblatt Nachmittags 3 Uhr.

70 Pfennig monatlich.
Eingelohn 30 Pfg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
ausschlag W. 2.42 pro Quartal.
Einzel-Nummer 6 Pfg.

Inserate:
Die Colonne-Zelle . . . 25 Pfg.
Auswärtige Inserate . . . 30
Die Reklame-Zelle . . . 1 Mark

Nr. 304.

Dienstag, 5. Juli 1910.

(Abendsblatt.)

Der deutsche Weinbau.

Ueber die wirtschaftliche und soziale Lage der deutschen Winzerbevölkerung ist schon viel gesagt worden, ohne daß es bis jetzt gelungen wäre, ihr Wesentlich zu bessern. Denn mehr vielleicht als in der übrigen Landwirtschaft hängt die Ernte im Weinbau von der Witterung ab. Bei keiner anderen Frucht sind die Ernteerträge so schwankend wie bei der Traube, und unter diesen Schwankungen leidet besonders der Kleinbesitzer, der doch im Weinbau noch stark vorherrscht. Seit 1893 versucht unsere amtliche Statistik neben dem Ernteertrag des Weinbaus auch den Wert des gefälschten Mostes zu ermitteln. Handelt es sich dabei auch nur um mehr oder minder zutreffende Schätzungen, so genügen sie doch, um die großen Schwankungen der Ernteharvesten aus unserem Weinbau aus den Ernten erkennen zu lassen. So kommt es sonst vor, daß der Wert einer Ernte so gewaltige Unterschiede von einem Jahr zum anderen aufweist wie hier. Die ertragreichste Ernte brachte das Jahr 1904 mit 142,9 Millionen Mark, ein paar Jahre vorher, nämlich 1898, lautete die Schätzung auf nur 51,3 Mill. Mark. Die erste Summe ist bald das Dreifache der zweiten! Wenn man erwägt, daß der Weingärtner die nämlichen Ausgaben und fast die nämliche Arbeit hat, ob die Ernte gut oder schlecht ausfällt, so hat man die Erklärung für die unsichere und überwiegend unbestriedigende Lage der deutschen Weingärtner. Der Wert des Erzeugnisses hängt ja keineswegs bloß von der quantitativen Menge der Ernte ab, sondern fast in noch höherem Grade von der Qualität des gewonnenen Weines, so daß es häufig vorkommt, daß trotz reichlicher Ernte die Verkaufswerte des Weines zu wünschen übrig läßt. Unter der Wirkung der ungünstigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse beobachten wir auch einen Rückgang der Flächen, die dem Anbau von Wein gewidmet sind. Freilich sind die Ziffern, die uns die amtliche Statistik darüber bietet, sehr vorsichtig zu bemessen, da sie ganz ungewöhnliche Abweichungen von einander zeigen. Nach der Statistik der Bodenbenutzung im Jahre 1900 nehmen die Weinberge eine Fläche von 1 352 100 Hektar ein. Wie viele Ziffer gewonnen wurde, ist schwer zu erklären, da noch nicht der zehnte Teil dieser Fläche im Ertrage steht. Nach der Betriebsstatistik von Jahre 1907 waren von der landwirtschaftlichen Fläche überhaupt 115 363 Hektar Weingärten und Weinberge gegen 126 109 Hektar im Jahre 11. N. Nach der besonderen Statistik über den Weinbau standen freilich 1907 etwas mehr, nämlich 118 581 Hektar im Ertrage.

Die eigentlichen Weinbaugebiete, in denen die Winzerbevölkerung einen starken Prozentsatz der Gesamtbevölkerung ausmacht, liegen durchweg im Westen Deutschlands. Oben steht die Pfalz. Von den 116 768 Hektaren, auf denen im Jahre 1908 Weinbau getrieben wurde, entfallen auf die Pfalz nicht weniger als 15 647. Von dieser Fläche wurden 578 095 Hektoliter Wein im Werte von 22,6 Millionen Mark gewonnen. Der weitere Vertrieb des Pfälzer Weines bis hinab zum Konsum hat nicht nur zur Folge, daß der Wein quantitativ in ungeheurer Weise wächst, sondern daß er sich noch viel mehr verteuert. Noch viel stärker tritt die gleiche Erscheinung beim Rheinwein im engeren Sinne zu Tage.

Der eigentliche Rheingau hat nur eine Erntefläche von 2191 Hektar, auf dem der eigentliche Rheinwein wächst, auf 4710 Hektar mit einem Gesamtertrage von 58 355 Hektoliter. Das ist etwa der 10. Teil des Ertrages der Pfalz. Der Wert des Rheinweines an der Kelter stellt sich auf nicht mehr als auf 3,2 Millionen Mark. Dagegen betrachte man nun den ausgedehnten Handel in Rheinwein nicht nur in Deutschland selbst, sondern auch im Ausland. Unwillkürlich fragt man sich, woher kommen die Unmengen Rheinwein, die dem Konsum allerorts zugeführt werden? Denn unter Rheinwein, wie er durch den Handel dem Konsum präsentiert wird, ist immer Rheinwein im engeren Sinne zu verstehen. Quantitativ viel ergiebiger ist der Weinbau im Mosel-, Saar- u. Ruwergebirge. Hier stehen 6767 Hektar im Ertrage, die 233 691 Hektoliter Wein im Werte von 11 Millionen Mark bringen. Damit haben wir die drei für den Weinhandel jedenfalls wichtigsten Weinbaugebiete aufgeführt, aber keineswegs die Gebiete, in denen der Weinbau einer dichten Winzerbevölkerung das Auskommen gewährleistet soll. In dieser Beziehung sind vielmehr noch einige Gegenden in Württemberg, Baden, Hessen und in Elsaß-Lothringen zu nennen. Im Unterelsaß sind 14 008 Hektar Weinbaufläche, die 610 716 Hektoliter Wein im Werte von 19,9 Millionen Mark im Jahre 1908 erbrachten, im Oberelsaß auch noch 10 479 mit einem Ertrag von 346 727 Hektoliter im Werte von noch 12 Millionen. Rheinhesen hat Weinberge und Weingärten in einer Ausdehnung von 12 816 Hektar. Der Ernteertrag stellte sich hier für das Jahr 1908 auf 285 689 Hektoliter, sein Wert auf 12,5 Millionen Mark. In Württemberg ist das hervorragendste Weinbaugebiet das untere Neckartal mit einer Fläche von 8087 Hektar. Der Ernteertrag stellt sich hier auf 144 249 Hektoliter im Werte von 8,3 Millionen Mark. In Baden sind vor allem die Oberrhein- und Bühler Gegend mit 3150 Hektar und einem Ernteertrag von 81 820 Hektoliter im Werte von 4,2 Millionen, die Neckargräber Gegend mit 2952 Hektar und einem Ernteertrag von 168 877 Hektoliter im Werte von 6,8 Millionen und endlich der Kaiserstuhl mit 2611 Hektar und einem Ertrag von 55 771 im Werte von 2,3 Millionen Mark als hervorragendste Weinbaugebiete zu nennen. In den hier aufgeführten Gebieten sitzt durchweg eine breite Schicht der Bevölkerung, deren wirtschaftliches und soziales Ergehen infolge der Schwankungen der Ernteerträge im deutschen Weinbau von Herbst zu Herbst immer wieder neuen Gefahren ausgesetzt ist.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 5. Juli 1910.

Ein Umschwung in Deutschlands auswärtiger Politik

gloubr Privatdozent Dr. A. Wirth ankündigen zu können, und zwar einen recht auffälligen und sensationellen. In einem Artikel der „Magdeburger Zeitung“, der telegraphisch schon kurz übermittelt wurde, führt er aus:

In der Orientierung der hohen Politik ist im Jüli eine bedeutende Schwankung eingetreten. Deutschland ist in einer auffallenden Annäherung an England und Rußland begriffen. Das hängt, soviel England angeht, mit dessen Verhältnis zu Japan zusammen. Dies Verhältnis hat nämlich eine neue Form angenommen. Merkwürdigerweise geht der Anstoß dazu von der ostasiatischen Macht aus. Das selbstbewußte Japan will den Vertrag, der ein Schutz- und Trugbündnis mit den Briten bedingt, nicht wieder erneuern. Soviel steht schon jetzt fest. Diese Absicht ist in London bekannt, und die Tat, die erst in einigen Jahren erfolgt, wirft schon ihre Schatten voraus. Vor allem werden die Befestigungen in Singapur verstärkt. Die früher so liberalen Engländer, die freilich auch schon in Hongkong mitunter fremde Offiziere wegen Spionageverdacht verhafteten, haben ein draconisches Gesetz gegen Photographen erlassen. Wer innerhalb des Gürtels von drei englischen Meilen (zu 1,6 Km.) in Singapur photographiert, wird mit einer Strafe von mindestens 3 Jahren Gefängnis bedroht. Ja, noch mehr! Jedes einkaufende Schiff wird, schon lange bevor es in den Hafen kommt, mit Fernrohren beobachtet, um jeden der photographieren sollte, gleich herauszubringen und zu verhaften.

Man wird sich erinnern, daß vor etwa vierzehn Tagen die Türkei mit scharfer Offenheit sich von Großbritannien abgewandt hat. Die Ergänzung zu diesem wichtigen Schritt ist doppelter Art. Einmal eine ebenso scharfe und höchstbedeutende Zuneigung zu Deutschland, wo die Osmanen in den jüngsten Tagen große Waffenbestellungen machten, und zweitens ein Hinsehen auf die Entwürfe Japans. Der Mikado hat dem Sultan, wie wir aus sehr guter Quelle wissen, außerordentlich weitgehende Anerbietungen gemacht. Der Gedanke ist derselbe, der dem Besuche des japanischen Prinzen Nagastima zugrunde lag. Vor 1 1/2 Jahren bot der Prinz in Wien und Berlin eine Militärkonvention an. Jetzt möchte Japan sich dem ganzen deutsch-österreichisch-türkischen Dreieck als Freund anbieten.

Für Deutschland, das demnach das berühmte Bündnis an der Waage bilden würde, ist diese neue Konstellation ganz außerordentlich günstig. Fast zu günstig. „Wir graut vor der Götter Reide.“

Die Nationalliberalen als Ministerstürzer.

(N. L.) Der Rücktritt des Herrn v. Rheinbaben hat der konservativ-ultramontanen Presse ein schier unüberschaubares Rätsel aufgegeben. Während sich die letztere mit stumpfer Resignation in das Geschehene kwigt, müht sich die andere Seite mit einem geradezu rührenden Eifer ab, den für sie undurchdringlichen Schleier zu lüften. Aber da das verästelte Bild

Senilleton.

Wiener Theater

von Ludwig Dirckfeld.

Wien, Anfang Juli.

Run ist es aber endgiltig und unwiderruflich zu Ende, das Theaterjahr, von dessen Verlängerung bis in den tiefsten Hochsommer hinein immer so energisch und überzeugend gesprochen wird. Nämlich im Winter und im Frühjahr, wenn alles noch mitten in der Arbeit ist, da verpflichten sich Theaterbehörden und Direktoren bereitwillig, den Fremdenverkehr zu fördern und im Juli und August die wunderbarsten Vorstellungen zu veranstalten. Es werden überhaupt die großartigsten Dinge projektiert und gründlich erörtert, solange die Fremden noch in ihrer Heimat weilen. Sind sie aber einmal da, dann kümmert sich keine offizielle Seele mehr um sie, dann überläßt man es ihnen, sich auf eigene Faust zu unterhalten, so gut es geht. Und das ist gar nicht so leicht, denn selbstverständlich ist aus den großartigen Sommerveranstaltungen nichts geworden. Die Theaterdirektoren haben ihre Versprechungen vergessen, die berühmten Schauspieler, Musiker, alles, was wie an berühmten Attraktionen besitzen, befinden sich längst auf Urlaub. Und dem Fremden, der mit den größten Erwartungen nach Wien gekommen ist, kommt von allen Plakatwänden und Pittschäulen, das Wort „geschlossen“ in fettdrucktem Buchstaben entgegen. Er möchte gern das berühmte Burgtheater besuchen, das Hofopertheater hören, aber von den Herrschaften ist im Sommer niemand zu sprechen. Die meisten Privattheater folgen dem vornehmen Beispiel. Sogar die Wiener Operettenindustrie, die sonst bei Tag und Nacht arbeitet, stellt im Sommer den Betrieb ein und der

Fremde muß weiterziehen, ohne eine einzige von den vielen Sehenswürdigkeiten, von denen die Welt jetzt erfüllt ist, am Tatorte selbst gesehen zu haben. . . Höchstens, daß der Fremde sich in einem Privattheater irgend einen verschwundenen Sommerabend ergötzt, oder daß er von einem der vielen gastierenden bairischen Ensembles dieselben „Hagen“ schlagen sieht, die er vielleicht schon auf der Herreise irgendwo schlagen sah. . . Und auch diese Theaterherrlichkeit dauert höchstens bis Anfang Juli, dann wird so ziemlich alles zugesperrt und der Fremde, der sich gegen Ende Juli oder Anfang August hier aufhält, wird aus der berühmten Theaterstadt nur ein paar fragwürdige Varietés und Herrigeneindrücke mitnehmen.

So geht es jedes Jahr. Sobald das Thermometer ein bißchen steigt, schläft aller Theater- und Fremdenverkehr-Charme plötzlich ein. Vom Standpunkt des Premierendebütés ist's ja wunderbarlich und behaglich diesem tiefen dramatischen Schlummer zuzusehen, aber es gibt schließlich noch ein paar andere Standpunkte, von denen aus man die Sache betrachten kann. Und namentlich heuer, im Jagdausstellungsjahre hätte doch eine Ausnahme gemacht werden müssen. Da haben sich so viele wichtige und interessante Leute monatelang wegen des Amusements der Fremden die Köpfe zerbrochen. Und wenn jetzt dieser berühmte Fremde endlich nach Wien kommt und sich pflichtschuldigst in der Jagdausstellung aelangeweilt hat und nun auch ein bißchen Wiener Kunst genießen möchte, hat er das leere Nachsehen. Die Wiener Kunst ist jetzt auf dem Land, in der Sommerfrische. Bei uns in Wien ist das nicht anders, sagt man dem Fremden. Und warum geht es denn in München und in Brüssel? Warum gastieren dort im schönsten Hochsommer die berühmtesten Schauspieler, Sänger, Musiker, warum kann dort der Reinhardt die kompliziertesten Klassikerrollen vorantreiben? In Wien ist so etwas nicht möglich, kriegt man zur Antwort. Wahrscheinlich, weil Wien grü-

her ist, als München und Brüssel zusammengenommen. Oder gibt es dort mehr tüchtige und unternehmungslustige Leute? Auch das nicht; nur kampfert man bei uns im Juli die Tüchtigkeit und die Unternehmungslust ein und geht aufs Land. Schuld ist vielleicht doch diese spezifisch wienerische große Sommerträgheit und Indolenz. Es müßte nur einmal Einer kommen und uns daraus aufrütteln. Dann würde es gleich gehen.

Die allerletzten mageren Theaterereignisse seien noch geschwind zusammengefaßt. Im Burgtheater berging der Juli mit Gastspielen und Reuinszenierungen, mit Begrüßen und Abschiednehmen. Zwei sehr burgtheaterfähige Künstlerinnen traten ins Ensemble: Frä. Edwigswald, die Solodame des Hamburger Schauspielhauses und Frä. Drloff, die geschickte Witwe des Festspieltheaters. Ferdinand Gregori verabschiedete sich unter großen und herzlichem Ehren als Haus vom Burgtheater und vielleicht auch für immer von der Schauspielkunst, da er ja als Mannheimer Intendant auf jede dichterische Tätigkeit verzichten muß. Für einen Künstler und sei er auch ein solcher Vernunftschaulpieler wie Herr Gregori, ein großes Opfer. Hoffentlich wird der durch seine hohe künstlerische Gesinnung und der durch seinen heiligen Eifer sympathische Mann durch seine neue Stellung reichlich getrüftet. Von den sonstigen Burgtheaterabenden ist eine Aufführung der „Bildnisse“ bemerkenswert, namentlich durch die ziemlich unmöglich manierierte Art, in der Herr Dreßler den Hjalmar spielte. Dieser von Haus aus so lebenswürdige Künstler wird auf seiner unglückseligen Arrivisten nach großen tragischen Wirkungen noch ins Lächerliche geraten. Schließlich eine Reuinszenierung „Richard des III.“ gerade keine hehrerregende Vorstellung namentlich für modern angehauchte Genies, aber auch nicht für altmodische, denn die ganze Aufführung schwanke unentschieden zwischen heute und gestern. Der mit Spannung erwartete Wofier des Herrn Heine erwies sich als ein ganz gescheiter Kerl, aber keineswegs als

verfährt sie nach dem für Kritiker so bequemen System und legt unter, wo sie nicht auslegen vermag. Die „Deutsche Tageszeitung“ brachte dieser Tage eine Aufschrift, zwar „ohne sich mit ihr zu identifizieren“, die sie aber doch ihren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen glaubte, obwohl sie eine eigenartige Zuminutung an die Auffassungsgabe ihres Lesers freies stellt. In dieser Aufschrift, der auch die „Frankfurter Zeitung“ merkwürdigerweise mit bedeutungsvollem Kopfnicken zustimmt, wird der Rücktritt des Finanzministers mit der angeblichen Unzufriedenheit der — Nationalliberalen begründet. Den Gedankengang, den der Gewährungsmann des bündlerischen Organs einschlägt, ist ebenso kraus wie unlogisch. Die Berufung des Herrn von Schorlemer in das Staatsministerium habe, so deduziert er, den Gedanken aufkommen lassen, die Nationalliberalen würden nun zugestehen müssen, daß Herr von Bethmann-Hollweg wirklich weiter nichts wünsche, als an der Spitze eines über den Parteien stehenden Ministeriums die Geschäfte zu führen. „Aber die Nationalliberalen wurden nicht etwa zufrieden, sondern nur noch unzufriedener“. Herr von Bethmann wäre nun in eine recht üble Lage gekommen, wenn ihm der Finanzminister nicht als rettender Engel in erster Stunde erschienen wäre.

Und so war vielleicht die Situation gegeben, in der Freikerr von Rheinbaben das Gefühl haben konnte, daß sein Verbleiben im Amte weniger den Absichten, als der Anerkennung der Absichten des Reichskanzlers im Wege stehen könne. Freikerr von Rheinbaben ist sicher viel zu klug, als daß er die Situation nicht durchschaut hätte. Und dazu kam das Freiwerden des Oberpräsidiums, nach dem er sich sehnte. So mag der Entschluß in ihm gereift sein, sein Amt zur Verfügung zu stellen, ehe er anfang, vielleicht unbenommen zu werden. Und die Aufnahme seines Abtritts-geluches an leitender Stelle mag ihm gezeigt haben, daß er — verbunden wurde.

Man braucht nicht erst zu betonen, daß diese Kunstleien auf dem logischen Turmteil so niedrig gebauet werden müssen, wie es ihnen gebührt; aber man sieht daraus, welche Wirrnis die gegenwärtige politische Situation in manchen Köpfen anrichtet. Statt den klaren Worten des früheren Finanzministers zu folgen, der es mit aller Deftigkeit ausgesprochen, sein Rücktritt sei freiwillig erfolgt, nur weil die Berufung Herrn v. Schorlemers ihm die Möglichkeit gegeben habe, seine Sehnsucht nach dem Rhein und dem Oberpräsidium-Posten der Rheinprovinz zu realisieren, wittert man überall einen Schachzug des Gegners und versteigt sich so zu den schwindelhaften Höhen der sonst edlen Kunst des Interpretierens. Die halbkontinente „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich glücklicherweise von solchen Athletenstücken nicht beeinflussen, in dem sie mit der Ruhe des Offiziers zwar feststellt, der Rücktritt des Freiherrn von Rheinbaben werde als ein Ereignis von starker politischer Bedeutung allgemein empfunden, im übrigen aber sich jeder Aus- und Unterlegung enthält. Soweit freilich sind die Organe des schwarz-blauen Blokes in der Klärung noch nicht vorgeschritten und ihre bisherige Haltung läßt auch daran zweifeln, daß sie jemals in der Lage sein werden, ein politisches Ereignis ohne Stimmungsmaße und Hegearbeit gegen den Gegner zu bewerten.

Die Mißbräuche in den Krankenkassen.

Zu den Anstellungsverträgen der Kassenbeamten in den unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Krankenkassen schreibt man halbamtlich: Der in der Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung zur Sprache gebrachte Fall eines offensichtlichen Mißbrauchs der Anstellung zur Lebensversicherung für sozialdemokratische Agitatoren hat sich in Spandau zugetragen. Er ist lediglich durch einen Jurok zur Kenntnis des Magistrats als Aufsichtsbekörde gelangt, der dann auch die Ansetzung des Vertrages durch das Verwaltungsvorgehen durchgeprüft hat. Wenn aber aus Anlaß dieses Falles in der Presse dem Erstaußen Ausdruck gegeben wird, daß derartige wider die guten Sitten verstoßende Verträge von den Aufsichtsbehörden überhaupt zugelassen werden, so liegt hierin eine Verleumdung des wahren Sachverhalts. Die Vorstände der Krankenkassen sind nach dem geltenden Gesetz für den Abschluß von Anstellungsverträgen völlig autonom. Und da auf Grund des Prinzips der Dreiteilung der Beiträge die Arbeitnehmer in den Vorständen der Kassen unbedingt über die Majorität verfügen, so sind die Arbeitgeber ohne jeden Einfluß auf die Gestaltung der Verträge. Ein Recht zur Prüfung der Verträge steht aber der Aufsichtsbehörde heute überhaupt nicht zu. Die Reichsversicherungsordnung will nun diesem Mißbrauch dadurch steuern, daß sie die Genehmigung aller Anstellungs-

ein genialer, lebensfähiger Hölwenicht. Immerhin ist es besser, man führt Schalepoete mangelhaft auf, als gar nicht. Denn vermutlich ist dies nur ein Anfang, im Burgtheater wieder regelmäßige Schalepoeteabende und Zellen zu veranstalten. Ueberhaupt ist der starke Wille, der Eifer und die Unternehmungslust des Hagen Berger anzuerkennen. Diese Eigenschaften hat er in den paar Monaten seiner Direktionsführung sichtbar bekundet, als sein Vorgänger in Jobben. Öffentlich stellen sich im nächsten Jahr auch die großen Leistungen und der große Erfolg ein.

Was soll man aber von der Hofoper berichten? Von einer mittelmäßigen italienischen Stagione abgesehen, gibt es da immer nur ein und dasselbe Thema, die Stellung des Direktors von Weingartner. Bald ist sie org erschüttert, bald ist sie felsenfest, bald unverändert, aber immer wird darüber gesprochen und geschrieben. Das ist doch kein gutes Zeichen, nicht wahr? Oder es werden alle Krisengerüche und Kombinationen amtlich energisch demontiert. Das ist schon gar böse — beinahe eine Befestigung. Man erinnert sich noch an die Schlichterzeiten und andere Fälle. In einer dieser amtlichen oder behamtlichen Mitteilungen hieß es sogar, daß gegenwärtig keinerlei Krise bestehe. Auch eine flüchtige Hoffnung tauchte auf: Gustav Rabler. Aber sie zerfiel rasch an der energischen Verneinung Rablers. Man kann es ihm wirklich nicht verargen, daß er von Wien nichts mehr wissen will. Zu seiner Entschuldigung wird gesagt, daß ihm heuer Abgänge, Todesfälle usw. die Tätigkeit erschweren, obwohl doch bereits sämtliche Ereignisse in jeder Saison vorkommen. Wie gesagt, es gibt keine Krise und es gibt doch eine. Wie die Sache sich eigentlich verhält, das scheint nämlich niemand zu wissen. Nicht einmal der Direktor von Weingartner.

(Schluß folgt.)

verträge von der Zustimmung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber abhängig macht. Diese Bestimmung ist in der Kommission abgelehnt worden. Die Kommission hat also die einzige vorgeschlagene Sicherung gegen den Mißbrauch der Krankenkassen als Versorgungsanstalten für die Agitatoren der Sozialdemokratie wieder beseitigt. Man wird hoffen dürfen, daß dieser Beschluß kein endgültiger ist.

Deutsches Reich.

— Die Gründung eines Reichsverbandes deutscher Städte. In den vergangenen Wochen hat sich der „Reichsverband deutscher Städte“ (Verband der mittleren und kleineren Städte und Landgemeinden) konstituiert. Es handelt sich dabei um eine Vereinigung aller deutschen Städte und Landgemeinden mit weniger als 25 000 Einwohnern. Der Zusammenschluß ist vornehmlich deshalb erfolgt, damit die Interessen der erwähnten Städte und Gemeinden in gemeinsamer Arbeit durchgesetzt werden können. Die noch nicht beigetretenen Städte und Gemeinden werden noch besondere Einladungen erhalten. Den Vorstand bilden 12 Bürgermeister aus allen Teilen des Reiches. Es handelt sich also nicht um eine Vereinigung, die sich nur auf ein bestimmtes Gebiet innerhalb Deutschlands erstrecken soll. Generalsekretär ist Erwin Stein-Berlin. Der Verband hat gerade für die kommenden Jahre wichtige, praktische Arbeiten durchzuführen. So ist u. a. angeregt worden, den jetzt z. B. nur in Sachsen bestehenden Sparkassen-Vereine über ganz Deutschland auszudehnen. Es sind ferner Erhebungen anzustellen wegen Schaffung eines Zentralinstituts für kommunales Kredit (speziell für den Bedarf kleinerer Gemeinden gedacht). Es wird sich ferner als notwendig erweisen, in der Frage der Verwaltungsreform in einzelnen Bundesstaaten Stellung zu nehmen. Der Verband wird durch seine Geschäftsstelle Auskunft über juristische und kommunalwirtschaftliche Fragen unentgeltlich erteilen. Er wird das Erfahrungsmaterial im Verwaltungsrecht und in der Gemeindegewirtschaft bei Bedarf an einzelne Kommunen einfinden und namentlich auch dafür sorgen, daß in der deutschen Presse vorbildliche Einrichtungen kleinerer Städte und Gemeinden nicht mehr wie so oft bisher mit Stillschweigen übergangen werden. Außerdem soll durch Kommissionen zu den Parlamenten im Reich und in den Einzelstaaten Fühlung unterhalten werden, damit auch hier der Reichsverband einen erproblichen Einfluß ausüben kann. — Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich in Berlin SW 11, Großbeerentstraße 93.

Badische Politik.

Sanjabund.

* Schwesingen, 4. Juli. Am Freitag den 1. Juli fand im Nebenzimmer zum „Schwaben“ die gutbesuchte Generalversammlung des Zweigvereins Schwesingen im Sanjabund statt. Die Versammlung setzte sich aus den Vertretern aller Erwerbsstände zusammen, Industrie, Handwerk, Kleingewerbe, Kleinhandel, und sehr erfreulich war auch die Anwesenheit der kaufmännischen Angestellten, denen Gelegenheit geboten war, eine Aussprache mit den Chefs über wirtschaftlich-politische Fragen herbeizuführen. Ein neuer Beweis dafür, daß man von unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen Prinzipal und Angestellten nicht sprechen kann. Ein Spiegelbild der Zusammenkunft der Versammlung stellte denn auch die vorgenommene untenstehende Wahl des Gesamtvorstandes dar. Diejenigen, welche nicht anwesend waren, konnten sich nicht beklagen, wenn ihre Wünsche und Interessen unbekannt also auch ungewürdigt werden. Im weiteren Verlauf der Generalversammlung wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Versammlung mit Herrn Sanjabundamtsreferent Hausler als Referent stattfinden zu lassen, was jedenfalls die Mitglieder des hiesigen Gewerbevereins mit Befriedigung erfüllen wird, gilt doch Herr Hausler weit über die Grenzen Badens hinaus als berufenster Vertreter des Handwerks. Wünschen so die Handwerker aus der Bestellung ihres Vertreters zum Referenten ergeben, daß ihre Interessen im Sanjabund auch wahrheitsgemäß vertreten und sie dadurch veranlaßt werden, noch mehr als bis jetzt der Fall war, durch ihre Mitgliedschaft zum Sanjabund die Stützkräfte des gesamten erwerbsfähigen Bürgertums zu verstärken. Der Zweigverein Schwesingen des Sanjabundes beschloß die Petition des badischen Landesverbandes an den Reichstag betreff Revision des Vermögenssteuergesetzes beizutreten. Nachdem verschiedene Herren ihren Beitritt zum Sanjabund erklärt haben, beträgt die Mit-

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Musikverein. Gestern Abend hielt der Musikverein in der Luisenschule seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Geheimrat Oberregierungsrat Dr. Becker eröffnete die Sitzung, begrüßte die zahlreich erschienenen Vereinsmitglieder und erteilte das Wort dem Kassier des Vereins Herrn Dr. Eduard Vadenburg zur Rechnungsablage. Die Einnahmen betragen 11.561.61 M., die Ausgaben 10.974.51 M. Nach Verrechnung des Kassenbestandes ergibt sich ein Vermögensbestand von ca. 1000 M. In den weiteren Verhandlungen, die ziemlich lebhaft geführt wurden, befaßte man sich in der Hauptsache mit folgenden, dem Vorstand eingereichten Anträgen: Antrag 1. Wahl einer Kommission von 7 Mitgliedern, von denen mindestens zwei aktive Herren und zwei aktive Damen sein sollen, zwecks Ausarbeitung neuer Statuten, die gleich nach Feststellung des Entwurfes einer zu diesem Zweck einzuberufenden außerordentlichen General-Versammlung im September ds. Js. vorzulegen sind. In dem neuen Statut soll ein Organ geschaffen werden, welches für eine bessere Fühlungnahme zwischen Vorstand und den Vereinsmitgliedern, sowie dem Dirigenten, zu wirken berufen ist und dessen Mehrheit aus aktiven Mitgliedern bestehen muß. — Antrag 2. Der Vorstand wird ersucht, über die Gründe Bericht zu erstatten, die Herrn Hofkapellmeister Bobanzky zum Rücktritt vom Dirigentenposten veranlaßt haben. — Die unterzeichneten Antragsteller beabsichtigen diesen bevorstehenden Dirigentenwechsel lebhaft und werden es mit Freude begrüßen, wenn Herr Hofkapellmeister Bobanzky dem Verein erhalten bleiben würde. — Antrag 3. Da von den unterzeichneten 125 Mitgliedern nur 2 Personen das keine Interat für die General-Versammlung gesehen haben, beantragen wir hiermit, daß künftig jedes einzelne Mitglied per Druckfache rechtzeitig eingeladen wird. — Der zweite Antrag insbesondere erregte die Gemüter heftig. Der Herr Vorsitzende er-

glierzahl der hiesigen Gruppe ca. 70 und hoffentlich wird die Zeit nicht allzu fern sein, wo die Zahl 100 erreicht sein wird. Es wurden gewählt zum 1. Vorstand: Herr Fabrikant Georg Wittmann, zum Schriftführer die Herren Fritz Baffermann und Karl Spiegelberger, als Kassier Herr Bankkassier F. Hausmann, als Beisitzer die Herren: Direktor Bodmayer, H. Bräuninger, Franz Breitkopf-Ditersheim, R. Burger, Möbelhändler G. Söhler, Fabrikant Künzling, R. Klengel, Louis Schwarz, Fritz Stef. Fabrikant Trunk aus Pfalzstadt, Weinbändler Uelghöffer. Die Wahl des 2. Vorsitzenden wird in der nächsten Versammlung vorgenommen werden.

Eine Hundgebung des Grafen Zeppelin.

An Bord des Mond dampfer „Rains“, 2. Juli 1910.

Offener Brief an die Deutsche Luftschiffahrts-Aktien-Gesellschaft Frankfurt a. M.

Zu dem Verlust, welchen Sie an dem Luftschiff „Deutschland“, wenige Tage nachdem es als erstes Passagierluftschiff Ihr Eigentum geworden war, erlitten haben, spreche ich Ihnen meine warmste Teilnahme aus.

Das Scheitern der „Deutschland“ hat mich zur ersten Nachprüfung der Fragen veranlaßt, ob ich berechtigt war, Ihnen das Luftschiff für Passagierfahrten zu überlassen, und ob ich fernerhin solche für den Verkehr bestimmte Fahrzeuge bauen darf.

Ich glaube beide Fragen mit gutem Gewissen bejahen zu dürfen.

Die „Deutschland“ hatte sich bei der letzten Probefahrt im Friedrichshafen und bei dem Flug von Friedrichshafen nach Düsseldorf als ein durchaus gutes, leicht steuerbares Schiff erwiesen; die drei Motoren liefen anbauend tadellos und verließen ihm eine Geschwindigkeit von ungefähr 16 m/sec. Es war kein Grund denkbar, weshalb es bei vorstehender Ausrüstung und normalen Witterungsverhältnissen, solange seine Betriebsmittel reichten, zu einer unzeitwilligen Landung zur Erde niedergebückt werden sollte.

In der Tat sind die Witterungsverhältnisse am 28. Juni ganz ungewöhnliche gewesen. Nach dem mir bis jetzt geordneten Schilberungen ist die „Deutschland“ in einen aufsteigenden Dreieckswind geraten, der mit unwiderstehlicher Gewalt in eine Höhe von 1250 Metern hinaustrifft. Das Dreieck wurde durch wiederholtes vollständiges Sichumwenden der Nordnabel befeudet, während Barometer und Barograph die erreichte Höhe anzeigten. Nach dem in der Höhe erlittenen bedauerlichen Wadertant sank das Luftschiff, schwer mit nassem Schnee belastet, wieder herab. Die Erde war nicht zu sehen, als man plötzlich in geringer Tiefe unter sich Wasserpfeil gewahrt wurde. Abwärts wurde wieder noch oben gesteuert. Als aber die Dichtung um drei bis vier Meter gelungen war, verlor der vordere Motor, und nun war die Geschwindigkeit nicht mehr genügend, um das Luftschiff noch dynamisch nach oben drücken zu können. Es sank jedoch nur mit einer Geschwindigkeit von 1 bis 1½ m/sec. und bald ließ die zur Aufwärtsfahrt tiefer liegende hintere Gondel mit voller Fahrt an Baumkronen an. Nach kurzer Weile lag das ganze Luftschiff in den Bäumen fest. Erheblichere Beschädigungen erlitt es nur unmittelbar vor der hinteren Gondel, wo mehrere Träger brachen; ein gänzlichliches Durchbrechen und Abreißen hat nicht stattgefunden. Die weitere Zerstörung wurde nachträglich erst durch den Sturm verursacht.

Das Veragen des vorderen Motors in dem gefährlichsten Augenblick war anscheinend die Folge von Ventilmangel, da der Motor ganz in Ordnung war. In dem Tank waren zwar noch ein paar Liter Benzol vorhanden, es ist aber möglich, daß dieser bei der starken Schräglage des Schiffes nicht mehr an die Ausflußöffnung zum Motor herankam. Ein allgemeiner Mangel an Benzol bestand nicht; im Gegenteil war neben dem Vorrat für Speisen aller drei Motoren für mehrere Stunden vorhanden. Vielleicht war auch in der schwierigen Lage, worin sich das Luftschiff seit langem befand, mit dem Nachfüllen des Tanks des vorderen Motors etwas zu lange geögert worden.

Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß das statische Schwebvermögen des Luftschiffes nur durch das Hineingeraten in den aufsteigenden, von starken Schräglagen begleiteten Dreieckswind benommen worden ist. Der Luftschiffverlust durch die erreichte Höhe, durch die Abflüfung um etwa 15 Grad und durch die Belastung mit nassem Schnee berechnet sich auf rund 2000 Kilogramm.

Solche Stürme sind zum Glück nur mit bestimmten Wetterlagen verknüpfte seltene Erscheinungen wie die von der Seeschiffahrt noch immer wieder Opfer fordernde Taifune. Wenn die Seeschiffahrt aber bereits gelernt hat, diesen auszuweichen oder sie durch geeignetes Vorgehen unschädlich zu machen, wozu das bedachte Schiff nur über das nötige Tiefwasser zu völliger Bewegungsfreiheit verfügt, so wird die Luftschiffahrt auch sehr bald jene Dreieckswirne nicht mehr zu fürchten brauchen.

Die Passagierluftschiffe können und sollen sie daher ganz vermeiden. Die Katastrophe im Teutoburger Wald muß in ihrer Art eine einzige bleiben. Daß die Erinnerung an sie nicht eine viel traurigere ist, verbannt man der Kanneise meiner hiesigen Luftschiffe, welche die Gefahr für das Leben der Reisenden durch das Vorlagern großer, die Höhe bei dem Anfahren an feste Gegenstände bis zur völligen Unschädlichkeit abgewandender Bauteile so-

stattete zunächst Bericht über den Sachverhalt. Danach erhielt der Vorstand am 6. Juni d. Js. einen Brief von Herrn Hofkapellmeister Bobanzky, in dem dieser mitteilte, daß er seinen Dirigentenposten aufgeben werde, weil hinter seinem Rücken wegen Anstellung eines andern Dirigenten Verhandlungen gepflogen worden seien, worin er eine Kränkung, ja eine Beliebigung erblicke. Demgegenüber erklärte der Vorsitzende aus entschiedenem, daß kein Mitglied des Vorstandes jemals die Ermächtigung hatte, wegen eines Erlasses für Herrn Bobanzky Schritte zu tun. Er bittet das betreffende Vorstandsmitglied die Gründe seiner Handlungsweise darzulegen. Herr Traugott Mayer, der mit Herrn Hofkapellmeister Coates verhandelt hat, legte nun (unter Protest her Mehrheit der Aktivität) dar, daß er in der Annahme, der Aktivität einen Gefallen zu tun und im Interesse des Vereins diesen Schritt unternommen habe, da er glaubte, eine gewisse Bestimmung herrsche zwischen den Mitgliedern und dem Dirigenten. Die von Herrn Traugott Mayer zugegebene ... wird vielfach mit großem Erstaunen vernommen. In sehr scharfen Worten erwidert Herr Dr. Eugen Weingart gegen diese Ausführungen. Er kritisiert u. a. die selbstverständliche Art, mit der Herr Traugott Mayer allein und ohne irgendwie autorisiert dazu, vorgegangen sei. Herr Dr. Weingart führt aus, daß Herr Bobanzky unter dem weitaus größten Teil der Aktivität sich großer Beliebtheit erfreue und seine Demission abge ganz bestimmt den Austritt zahlreicher Mitglieder nach sich. Herr Georg Baerhoff bestimmt, daß Herr Bobanzky den Dirigentenposten wieder übernimmt. Wenn der Musikverein blühen, wachsen und gedeihen solle, dann müsse es aufhören, daß ein einzelnes Vorstandsmitglied sich herausfühle, allein solche Schritte zu unternehmen. Der Wunsch der Versammlung nach Abkündigung ging dahin, Herrn Hofkapellmeister Bobanzky dem Verein zu erhalten. Auch die übrigen Anträge 1 und 3 fanden nahezu einstimmige Annahme. Die Statuten-Kommissions-Wahl (zu Antrag 1) ergab folgenden

wie durch die wegen der ausgedehnten Unterflächen bestehende Unmöglichkeit allzu raschen Fallens vermieden. Auch der wackere Monteur, welcher, um die hintere Gondel zu entlasten, auf einen Baum abspringen wollte, diesen aber verfehlte und sich nun bei dem Absturz schwere Beschädigungen zuzog, wäre unverletzt geblieben, wenn er die Gondel nicht verlassen hätte.

Noch die Hauptsache ist, daß der Vorgang vom 28. Juni das Vertrauen zur Sicherheit meiner hiesigen Luftschiffe in keiner Weise zu erschüttern angeht. Man wird aus demselben nur die Lehre ziehen, daß man sich in Zukunft, namentlich für Passagierfahrten, mehr als bisher an die Befolgung folgender Grundsätze halten muß:

In erster Linie sorgfältige Beachtung der allgemeinen Wetterlage, aus welcher stets das wahrscheinliche Auftreten von Drehkräften zu erkennen ist. Will man von einem Vergangenen ausgehend, zu welchem man unbedingt zurückkehren muß, Passagierfahrten unternehmen, so darf man bei irgend unklarer Wetterlage sich immer nur in einer dem herrschenden oder dem sicher vorauszuweisenden Winde entgegengesetzten Richtung entsperren, um die Gewißheit zu haben, an den Ausgangspunkt zurückgelangen zu können. Es genügt nicht, nur erst eine kurze Fahrt gegen den Wind zu machen, um sich von der Ueberlegenheit der Schiffsgeschwindigkeit über diejenige des herrschenden Windes zu überzeugen. Die Windstärke kann zulegen, aber die Eigengeschwindigkeit durch das Verlangen von Motoren abnehmen, wodurch die Rückkehr unmöglich wird. War man in dem Winde entgegengesetzter Richtung gefahren, so genügt die geringste Eigengeschwindigkeit, um vor dem Winde treibend zum Ausgangspunkt zurückkehren zu können.

Die Passagierfahrten werden umso sicherer und regelmäßiger ausführbar, von je mehr Landungsorten die Ausgangsstation in einer kleinen Tagesfahrt-Entfernung umgeben ist. Es läßt sich dann bei jedem Winde auch in der Windrichtung und auch dann abfliegen, wenn eine Drehung des Windes vorauszu sehen wäre, weil man die Sicherheit hat, einen jener Landungsorte erreichen oder im Notfall an seinen Ausgangspunkt zurückkehren zu können. Ein sehr einfacher Rettungs- und Alarmdienst an den in Frage kommenden Landungsorten während der Flüge bei zweifelhafter Wetterlage wird die Sicherheit noch in betrübender Weise erhöhen.

Mit hochachtungsvoller Ergebenheit.
Graf Seppelin.

Badischer Landtag.

2. Kammer. — 111. Sitzung.

W. Karlsruhe, 5. Juli.

Der Präsident eröffnet kurz nach 9 1/2 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch sind anwesend: Staatsminister v. Dusch, Minister des Innern v. Bodman, Eisenbahnminister v. Marschall, Ministerialdirektor Schulz, Ministerialdirektor Dr. Böhm und Regierungskommissare.

Auf der Tagesordnung steht: 1. Begründung und Beantwortung der Interpellationen a) der Abg. Schmidt-Bretten u. Gen., die Verhütung von Schädigungen durch unreine Grundbesitzer betr., b) der Abg. Sedl u. Gen., die Fortschritt gegen Verminderung der Schweine- und Rindviehbestände betr., c) der Abg. Müller-Weinlein u. Gen., die Entlassung von Arbeitern des staatlichen Borphyrwerkes Dossenheim betr.; 2. Berichte der Petitionskommission und Beratung über die Petitionen.

Präsident Kohlhurst: Vor Eintritt in die Tagesordnung hat der Abg. Weidmann das Wort.

Abg. Redman (natl.): In Anbetracht der letzten Budgetberatungen des Eisenbahnbaues ist die Einrichtung der technischen Referenten erwirkt worden. Dieser Erwirktung wurde ein Ende gemacht, indem die Angelegenheit an die Budgetkommission zur Aussprache mit dem Ministerium überwiesen wurde. Diese Aussprache hat stattgefunden. Ich habe darüber den Bericht zu erstatten. Redner schildert zunächst die Entwicklung, die die Stellung der technischen Referenten genommen hat. Gegen die Doppelstellung zwischen Beamten und Privatarchitekten sind in der Sitzung vom 28. Juni Verhandlungen erhoben.

Ich will zunächst die allgemeinen Gesichtspunkte anführen, die in der Kommission von der Regierung angegeben wurden. Es wurde Wert darauf gelegt, daß man bedeutende Architekten etc. als Referenten berufe und wenn man das tue, so wollen diese nicht nur Beamte sein, sondern sich auch künstlerisch betätigen. Das habe dann geführt, einzelnen Referenten Projektsanordnungen zu übertragen. Eine technische Prüfung und redaktionelle Uebersetzung erfolge von einer Ministerialkommission. Die Beaufichtigung von dem Referenten eines anderen Ministeriums. So ist es geschehen bei dem Mannheimer Bundesgenossenschaft. Von einzelnen Ministerien wurden noch weitere Ausführungen gemacht. So ist in das Eisenbahnministerium ein Referent berufen worden, der zugleich Professor an der technischen Hochschule war. Dieser machte bei der Berufung die Bedingung, daß er auch bauen dürfe. Die Entlohnung für die besonderen Aufträge würde vereinbart und bewege sich in möglichen Grenzen. In diesem Falle wird ein Bauverein auf Staatskosten errichtet. Es bezogen der Referent nach der Hamburger Norm entlohnt wurde, hatte er auch das Bauverein zu stellen. Es sind uns alle einzelnen Fälle aufgezählt worden und die Entlohnung bewegte sich, wie sich die Kommission überzeugt hat, in durchaus möglichen Grenzen. Diesem Verfahren wurde in der Kommission zugestimmt. Das im allgemeinen. Dann die 3 besonderen Fälle. Beim Karlsruher Bahnhof wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben, auf das 75 Angebote angelassen sind. Das erste Angebot wurde nicht angenommen, weil es zu teuer war. Nur Annahme kam das Projekt des Architekten Fischer, der dafür eine vertragmäßige Vergütung von M. 18000 erhielt. Diesen Betrag hat derselbe, wie er angibt, fast für Auslagen verbraucht. Technischer Referent ist der Architekt Fischer erst viel später geworden, hat dann aber die Erlaubnis erhalten, das Projekt fertig zu machen. Die Bauaufsicht führten künstliche Beamte im Eisenbahnministerium.

Nun der zweite Fall beim Konversationshaus in Baden-Baden. Hier hatte die Stadt ein Preisanschreiben erlassen. Der

Resultat: Herr Geheimrat Oberregierungsrat Dr. Becker, Herr August Oppenheim, Herr Professor Theobald, Herr Dr. Eugen Weingart, Herr Georg Jacob, Frau Ludwig Brechter, Frau Otto Görtz. Ferner wurden beschlossen, bei dem neuen Statut dem Vorstand 2 aktive Damen und 2 aktive Herren in Zukunft anzuschließen. In der Versammlung war man sich einig, daß nach Ausarbeitung der neuen Statuten im Herbst eine Vorstandswahl stattfinden hätte und der Verein amsergänglich eingetragene wird. Nach zweistündiger Beratung schloß kurz nach 9 Uhr der Herr Vorsitzende die Versammlung.

Herr Oberberg wird in der literarischen Abteilung der Heidelberger Freien Studentenzeitung am Donnerstag, 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr (Veranstaltung der Stadtbibliothek) auf seinen Werken Medicinische Sonette (meistens unerschöpfliche) Szenen aus dem im Herbst erscheinenden „Simfon“, Schattenbilder und einen Studentenbrief lesen.

technische Referent Stürzenacker hat sich nicht daran beteiligt. Der damalige technische Referent Vaurat Leni hat dann das im Preisanschreiben von der Stadt Baden-Baden erworbene Projekt nicht empfohlen, weil die Säle, hauptsächlich die Räume nebenlässlich behandelt waren. Die Regierung beauftragte dann den Referenten Stürzenacker ein neues Projekt nach ihrem Sinne auszuarbeiten. Dieser trat dann auch in die Stelle Leni. Sein Projekt wurde von der Kammer angenommen. Ein Honorar wurde nach nicht vereinbart. Im Veranschlag sind M. 7800 vorgesehen. In diese Summe hat er sich aber zu teilen mit der technischen Kommission und mit dem maschinentechnischen Referenten. Die Kommission hat daran nichts anzusetzen.

Dann der dritte Fall des Badler Bahnhofs. Die Stadt Badler hatte das erste Projekt beantragt. Die Regierung sah sich darauf genötigt, den Professor Moser mit der Ausarbeitung eines neuen zu beauftragen. Dieses wurde von der Stadt Badler angenommen. Das Projekt hat auch damals die Zustimmung der Budgetkommission gefunden. Moser bezieht als technischer Referent ein Gehalt von M 2500 und hat bis jetzt ein besonderes Honorar nicht erhalten. Aber weil es sich hier bei Badler um eine besondere Arbeit handelte, wurde ein Vertrag vereinbart, nach der die Honorierung nach der Hamburger Norm erfolgen sollte. Davon erhielt er M = M. 56000. Er hat dafür die Pläne auszurichten und ein Bauverein zu unterhalten. Die Eisenbahnverwaltung hat erklärt, daß dieser besondere Auftrag nur ausnahmsweise erfolgt ist und durch die schwierigen Verhältnisse in Badler bedingt wurde. Dieser Erklärung wurde in der Kommission nicht von allen zugestimmt. Es ist anerkannt worden, daß ausnahmsweise wohl infolge der schwierigen Verhältnisse dieses Verfahrens geübt werden kann, aber verschiedene Ausführungen gipfelten darin, daß der Zwiespalt zwischen Beamten und Privat-Architekten nicht befriedigend sei.

Die Angelegenheit traf sowohl die Kammer wie die Regierung unvorbereitet. Daher hat die Regierung in der damaligen Sitzung nicht allein eine erschöpfende Auskunft gegeben, ja, sie gab sogar eine unrichtige Auskunft. Diese Erklärungen der Regierung haben Anlaß gegeben, daß die Redner daraus ihre Schlussfolgerungen zogen. Jedenfalls hat keiner der damaligen Redner die Absicht gehabt, die Lauterkeit des Ministeriums und der Beamten anzuzweifeln. Dazu kommt, daß die Presse einestheils die Sache sensationell aufbaute. Die Budgetkommission hat folgende Erklärung beschlossen:

1. Mit dem Verfahren, das von den Groß. Ministerien der Finanzen, des Innern und der Justiz, des Kultus und des Unterrichts hinsichtlich der Bestellung und Verwendung der baulichen Referenten geübt wird, ist die Budget-Kommission einverstanden.

2. Dagegen hat sich in der Beurteilung des bei dem Aufnahmegebäude in Badler eingehaltenen Verfahrens eine volle Uebersichtnahme nicht ergeben. Insbesondere sind noch Zweifel darüber bestehen geblieben, ob es an sich empfehlenswert ist, einen Privatarchitekten als baulichen Referenten zu bestellen. Jedenfalls ist die Budgetkommission der Auffassung, daß einem baulichen Referenten Staatsaufträge unter Bedingungen des Privatvertrages nicht erteilt werden sollen, erkennt aber an, daß im Falle des Badler Aufnahmegebäudes ausnahmsweise Verhältnisse vorgelegen haben.

Einig war die Budgetkommission in dem Bedauern, daß die Eisenbahnverwaltung in den Sitzungen vom 27. und 28. Juni nicht in der Lage war, über die Angelegenheit des Badler Bahnhofs erschöpfende Auskünfte zu erteilen, sondern teilweise in wesentlichen Punkten unrichtige Angaben gemacht und dadurch einzelne Abgeordnete zu unzutreffenden Schlussfolgerungen verleitet hat.

3. Die Verhandlungen über die drei in Frage stehenden Fälle haben mit voller Bestimmtheit erkennen lassen, daß bei der baulichen Bearbeitung und Uebersetzung der Staatsbauten die Integrität der Staatsverwaltung wie auch der einzelnen dabei beteiligten Beamten außer Zweifel steht.

Staatsminister von Dusch: Mit Benutzung möchte ich feststellen, daß, wie die Erklärung klar ausführt, die Regierung intakt dastehet. Wenn ich doch das Wort ergreife, so tue ich das, um den Angriffen der Presse zu begegnen. Die Verhandlung in der Budgetkommission hat in der Tat ergeben, daß irgendwelche Mängel auf der Regierung und den Beamten nicht lasten. Ich will nicht im einzelnen nochmals die ganze Stellung der technischen Referenten erläutern, muß aber den Herrn Professor Moser in Schutz nehmen gegen die Angriffe, die er erfahren hat.

Die bedauerliche Verhandlung hier im Plenum wurde wohl dadurch herbeigeführt, daß der Herr Eisenbahnminister nicht eine erschöpfende Auskunft gab. Wie ja schon ausgeführt, war er überrascht, daß ein Thema in die Debatte geworfen wurde, das nicht zu der damaligen Verhandlung gehörte. Ein viel beschäftigter Minister kann nicht alle Einzelheiten der schon Jahre zurückliegenden im Kopfe haben, aber aus den Erklärungen des Eisenbahnministers konnte schon hervorgehen, daß ein Anlaß zur Beanstandung nicht vorlag. (Unruhe und Widerspruch im Hause). Ich kann sagen, daß die unvollständigen Ausführungen des Eisenbahnministers Anlaß zu der Debatte und zu Mißverständnissen gegeben haben. Wenn damals von der Reinlichkeit gesprochen worden ist, wenn damals gesagt worden ist, daß eigentlich alle Ministerien auf die Anklagebank gehörten, so kann ich das nicht billigen. Ich gebe zu, daß die Folgen in der Presse nicht beabsichtigt waren. Der Herr Berichterstatter hat ja schon gesagt, daß diese die Angelegenheit sensationell aufbaute. Eine scharfe Kritik muß sich jedes Ministerium gefallen lassen, aber diese Kritik ist zu weit gegangen. Der Redner führt dann eine Reihe von Zeitungen an, wie Landesbote, Volksstimme und die Zentrumspreffe. Die Volksstimme in Mannheim hat sogar von Korruptionen gesprochen, diesen Vorwurf aber später zurückgenommen. Ich komme zu dem Ergebnis, wiederholt feststellen zu können, daß die Regierung makellos dastehet. Ich hoffe, daß der Mangel auch in der Presse wieder beseitigt wird.

Präsident Kohlhurst: Ich richte die Frage an das Haus, ob eine Debatte über den Gegenstand erfolgen soll, und ob sie jetzt erfolgen soll.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Als die Erklärung in der Kommission beschlossen wurde, da waren wir der Ansicht, daß keine Debatte erfolgen sollte. Nachdem aber der Herr Staatsminister in die Polemik eingetreten ist, beantrage ich in eine sofortige Besprechung einzutreten.

Abg. Dr. Sehnert (Str.): Ich glaube, daß es nicht notwendig ist, heute eine Debatte zu eröffnen, umso mehr, da

der Kommissionsbericht nicht gedruckt vorliegt. Ich bitte, die Besprechung zu vertagen.

Nunmehr wird vom Großklub gegen das Zentrum beschloffen, sofort in die Besprechung einzutreten.

Minister des Innern von Bodman: Ich habe von der Erklärung des Herrn Berichterstatters, soweit sie meine Person betrifft, mit Befriedigung Kenntnis genommen. Ich nehme das Wort, um eine Richtigstellung vorzunehmen. Es ist das notwendig, um einer Legendenbildung vorzubeugen. Der Herr Berichterstatter hat gesagt, daß das Projekt in Baden-Baden unter den veränderten Bedingungen übertragen wurde. Ich habe leider übersehen, in der Kommission dem sofort entgegenzutreten. Dem Referenten Stürzenacker war die Aufgabe gestellt, ein Projekt für den bestehenden Platz auszuarbeiten und hat dieser Aufgabe entsprochen. Die Ministerialkommission ist es gewesen, die dann ausgeprochen hat, daß die drei dahinterliegenden Bauten einbezogen werden sollen. So ist das vorkliegende Projekt entstanden.

Eisenbahnminister von Marschall: In der Kommission ist über die Einrichtung der technischen Referenten eingehend gesprochen worden. Beim Bahnhofsbaue Badler ist kein vollständiges Einverständnis erzielt worden, daß das Verfahren ein einwandfreies gewesen ist. Ich muß entschieden betonen, daß man die eigenartigen Verhältnisse berücksichtigen muß, die bezüglich Badlers vorlagen. Es war ein Projekt ausgearbeitet, das fand keine Zustimmung der Regierung des Kantons Badler. Nunmehr kam man auf den Gedanken, den Professor Moser mit der Ausarbeitung zu betrauen. Der selbe war damals bereits technischer Referent, aber er wurde in seiner Eigenschaft als Privat-Architekt beauftragt. Selbstverständlich schied in dieser Sache Moser als Referent aus und wenn sich eine Meinungsverschiedenheit zwischen Referent und Generaldirektion einstellte, entschied ein Schiedsgericht von Baureferenten. Daß hierbei etwas vorgekommen ist, daß die Oeffentlichkeit zu wissen hätte, muß ich ganz entschieden bestritten. Der Vertrag mit Moser ist eben eine reinliche Scheidung in sich und gegen alle Vorwürfe, die gegen die Verwaltung erhoben wurden, muß ich entschieden Protest einlegen. (Unruhe im Hause).

Abg. Fehrenbach (Str.): Ich bin von der Notwendigkeit einer Debatte nicht überzeugt. Ich war der Meinung, daß die Ausführungen des Berichterstatters genügt hätten. Man hätte mit den beiderseitigen Feststellungen sich begnügen sollen. Ich bin dafür, daß wir in aller Eile besprechen. Ich will aber auch meinerseits feststellen, daß die Lauterkeit der Regierung nicht beabsichtigt war, anzuzweifeln. Wenn das eine oder andere Wort schärfer war, so lag das in der damaligen erregten Sitzung. Der Herr Minister glaubte zu bemängeln, daß die Sache hier überhaupt angeregt war, aber ich erwies auf den Bericht der damaligen Sitzung. Der Herr Staatsminister wird daraus ersehen, daß uns unrichtige Auskunft gegeben wurde. Es war uns unbekannt, daß beim Konversationsbau in Baden-Baden die Anregung zur Heranziehung der Nebengebäude von der Ministerialkommission gekommen ist. Wir sind uns aber einig, daß die Tätigkeit eines Privatarchitekten und Beamten nicht vertretlich ist.

Abg. Dr. Heimbürger (Sp.): Was der Staatsminister ausgeführt hat, damit kann man sich einverstanden erklären. Aber ich glaube, es ist nicht richtig, wenn der Presse Vorwürfe gemacht werden. Die Schuld liegt da, daß uns hier eine unrichtige Auskunft gegeben wurde. Man kann der Presse den Standpunkt nicht verheimlichen, denn es war der Eindruck der Sitzung. Man sollte daher nicht die Sache auf die Presse schieben.

Abg. Kolb (Soz.): Die Schuld an der Debatte und ihren Ausführungen trägt der Minister von Marschall. Wenn er erklärt hätte, ich bin schon nicht informiert, dann wäre nicht weiter heftig kritisiert worden. Statt dessen hat er falsche Aussagen gegeben, die die Mißverständnisse herbeiführten. Die Vorwürfe gegen die Presse sind nicht berechtigt.

Abg. König (natl.): Wir sind wohl alle mit der materiellen Seite der Erklärung einverstanden, aber nicht mit der formalen. Wir sind nicht damit zufrieden, wenn der Herr Staatsminister die Sache so darstellt, als ob etwa die Kammer sich zu weit vorgewagt habe. So liegen die Dinge nicht. Ich habe der Sitzung als Zuhörer beigewohnt, ich habe nicht gesprochen, und ich begreife, daß die Debatte auf die damaligen Ausführungen des Eisenbahnministers den Weg nahm. Ich habe danach unter dem Eindruck gestanden, daß geradezu die Verpöschung bestand, darauf einzugreifen. Der Eisenbahnminister hat dann auch selbst etwas aus anderen Ministerien assistiert. Was die Regierung jetzt getan hat, hätte sie damals tun sollen. Sie hätte die Kammer nicht durch ihren Vertreter, den Herrn Eisenbahnminister irre-führen sollen. Ich bin der Ansicht, daß die Regierung Anlaß hätte, das jetzige Verhalten der Kammer als einen Akt großer Loyalität zu erklären. Wenn die Regierung etwas geschaffen hat durch ihren Vertreter, was ungenügend war für uns und für die Regierung, so darf sie jetzt nicht die Schuld der Kammer und der Presse geben. Ich bedauere, daß das der Herr Staatsminister getan hat. Er ist damit nicht glücklich gewesen. Wir wollten etwas begraben, an dem wir nicht schuld sind, und nun kommt die Regierung und sagt das Gegenteil (Sehr richtig). Das ist eine Verhöhnung. Durch diese mehr oder weniger direkt gegen uns gerichteten Vorwürfe trifft die Regierung nicht das Richtige. Der Staatsminister hat sich dann auch gegen die Presse gewendet. Ein großer Teil der Presse, soweit ich sie zu Gesicht bekommen habe, hat lediglich die Verhandlungen hier interpretiert, das was wir und die Regierung gesagt haben.

Ich möchte das ansprechen, weil ich glaube, die Kammer ist es sich schuldig, daß die Tatsachen nicht verschoben werden. Was geschehen ist, was die Folge der Regierungserklärung. Persönlich bedauere ich das, aber die Regierung kann nach meiner Ansicht der Volksvertretung nur Anerkennung zollen. (Debattiertes Brano auf allen Seiten.)

Ministerialdirektor Schulz führt noch aus, daß im Badler Falle nichts übrig blieb, als auf einen Privatarchitekten zurückzugreifen, weil die Beamten der Generaldirektion überlastet waren. Bei der Wahl des Professors Moser übte einen bestimmten Einfluß der verstorbenen Finanzminister Honell aus.

Staatsminister v. Dusch: Ich möchte noch meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß von allen Seiten eine entgegenkommende Haltung gegen die Regierung angenommen wurde, nur der Herr Abg. König hat entgegen seinem sonstigen Temperament der Regierung Vorwürfe gemacht. Er versuchte, alle Schuld auf das Ministerium zu schieben (Stürmische Jurys: Das ist auch richtig!) Ich meine, das ist nicht der Fall (Widerspruch im Hause).

Ich habe Verständnis für die suggestive Wirkung der erregten Debatte, aber ich habe hier die Worte des Ministeriums zu wahren.

Abg. v. Marschall und erucht ihn, die vereinbarte Erklärung nochmals durchzulesen.

Abg. Dr. Frank (Soz.) wendet sich zur Geschäftsordnung gegen den Ministerialdirektor Schulz, der Versicherungen, die von der Budgetkommission gemacht wurden, im Plenum erwähnte.

Damit ist diese Angelegenheit erledigt und es wird in die Tagesordnung eingezeichnet.

Abg. Schmidt-Bretten (W. d. L.) begründet folgende Interpellation: Die Verhütung von Schädigungen durch unzureichende Grundbesitzerbeiträge...

Staatsminister v. Dutsch: Für die Justizverwaltung kann ich erklären, daß die bedauerlichen Veruntreuungen in Württemberg keinen Anlaß geben, das Sparfossengesetz zu ändern...

Minister des Innern v. Bodmann: Ich kann nur an einige Erlasse erinnern, daß größte Vorsicht beim Abschluß von Darlehensgeschäften geübt werden soll.

Abg. Neuwirth (natl.) führt aus, daß kein Grund vorliege, das Sparfossengesetz zu ändern.

Abg. Schmidt-Bretten (W. d. L.) erklärt sich zufrieden.

Abg. Ged (soz.) begründet folgende Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion: Ist die Grohß. Regierung davon überzeugt, daß die für das Großherzogtum Baden landesstatistisch festgestellten, sehr erhebliche Verminderungen der Schweine- und Rindviehbestände...

Rebner weist darauf hin, daß aus den statistischen Mitteilungen der Regierung hervorgehe, daß der Viehbestand zurückgehe und es sei daher an der Zeit, die Regierung zu veranlassen, die früheren Interpellation habe die Regierung erklärt, der Reichsanwalt müßte befragt werden...

Minister v. Bodmann:

Soweit die Ausführungen des Abg. Ged über den Rahmen der Interpellation hinausgehen, kann ich nicht folgen. Der Viehbestand zeigt kein Aufsteigen, sondern ein Bedauern, wenn auch zuzugeben ist, daß die Entwicklung nicht handgehalten mit der Vermehrung der Bevölkerung...

Aus meiner Tätigkeit als Bundesratsvollständiger habe ich die Erinnerung, daß wir versucht haben, eine größere Einfuhr herbeizuführen. Das Scheitern aber an dem Widerstand des Reichsanwalts...

In der nunmehr folgenden längeren Debatte erklärte sich der Abg. Sängler (natl.) und Abg. Dr. Lehner (Str.) mit den Erklärungen der Regierung zufrieden.

Um 1/2 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen und auf morgen Mittwoch früh 9 Uhr vertagt.

Vom badischen Landtag.

J.W. Karlsruhe, 5. Juli.

Eine bedeutungsvolle Tagung.

Der Eintritt in die heutige Tagesordnung erstattete der Abg. Heilmann namens der Budgetkommission Bericht über die feinerzeit in den stürmischen Eisenbahndebatten erörterten Angelegenheiten.

Presse durch die Abg. Dr. Heimbürger (Wsp.) und König (natl.) hinweisen. Der Gerechtigkeitsliebe dieser Herren macht es alle Ehre, daß sie mit aller Entschiedenheit sich der Presse, die sich in der Sitzung ja nicht zur Geltung bringen und sich gegen die Vorwürfe verteidigen konnte, annahmen.

Das Fazit aus der heutigen gewiß denkwürdigen Sitzung können wir in aller Kürze dahinziehen, daß das Verbleiben des Ministers von Markhall, der durch unrichtige Angaben die ganze Situation heraufbespann, unmöglich ist.

Die ganze übrige Verhandlung trat in den Hintergrund durch diese eine Auseinandersetzung.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 5. Juli 1910.

Ernannt wurde Bezirksarzt Max Servatius in Loth zum Justizinspektor des Verbandes mittelbadischer Justizgenossenschaften mit dem dienstlichen Wohnsitz in Freiburg.

Befördert wurde Bezirksarzt Karl Hammer in Wertheim in gleicher Eigenschaft nach Loth.

In den Ruhestand versetzt wurde Justizinspektor August Hirt in Freiburg auf Ansuchen wegen leidender Gesundheit.

Prüfungen. Die in diesem Spätjahr abzuhaltende erste theologische Prüfung soll Dienstag den 4. Oktober d. J. vormittags 9 Uhr, ihren Anfang nehmen.

Die Eingliederung der Feuerbestattung hat hier im abgelaufenen ersten Halbjahr bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Es wurden nämlich in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni d. J. im Neuen Krematorium 102 Leichen - gegen 88 im 1. Halbjahr 1909 und nur 14 in den ersten 6 Monaten des 1. Betriebjahres - eingeküchelt...

Belegwesen. Die Fa. Wehr. Hoffmann, Baugeschäft hier, verkaufte den Bauplatz Friedrichstraße Nr. 6 mit in Erbschaft begriffenem Neubau an Herrn Heinz. D. S., Geometer Eheleute hier.

Das Britische Waisenhaus in Jerusalem, das vor 2 Monaten unter der Teilnahme der weichen Kreise und im Verein eines Sohnes unseres Kaisers sein 50jähriges Jubiläum feiern durfte, ist von einer furchtbaren Brandkatastrophe betroffen worden.

Konkurrenzverfahren. Ueber das Vermögen der Marmorwarenfabrikanten Otto Schmüller in Mannheim wurde heute das Konkursverfahren eröffnet.

Gerichtszeitung.

Eisenach, 4. Juli. Das Schwurgericht verurteilte den Wädereggischen Poliz wegen Ermordung der Wädereggischen Wirtin in Rehdorf zum Tode.

Sportliche Rundschau.

Die Kaiser Nikolaus-Fahrt.

Berlin, 5. Juli. Aus Riew wird gemeldet: Das erste Drittel der großen Kaiser Nikolausfahrt wurde gestern mit der Etappe Homel-Riew beendet. Von 30 in Petersburg...

Autofahrer an dieser unglücklichen Stadt vorbei. Die gestrige Etappe von Homel nach Riew war wieder ereignisreich. In Riew auf der zweiten Etappe überfuhr Homel auf Benz ein Kind, wie jetzt offiziell mitgeteilt wird.

Berlin, 5. Juli. Aus Riew wird gemeldet: Die erste Geschwindigkeitsprüfung in der russischen Automobilfahrt fand heute bei schönem Wetter, jedoch auf staubiger Straße bei Riew statt.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Der Nachfolger Weingartners. Es steht nach der Neuen Freien Presse nunmehr fest, daß Weingartner seine Entlassung als Direktor der Wiener Hofoper erhalten und wahrscheinlich im Herbst nicht mehr in dieser Eigenschaft tätig sein wird.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Die Kertzefrage in der Reichsversicherungscommission.

Berlin, 5. Juli. Die Reichsversicherungscommission für die Reichsversicherungsordnung legte heute die Beratung über die Kertzefrage fort. Staatssekretär v. Delbrück erklärte, er halte die freie Kertzewahl in vielen Fällen für nützlich und zweckmäßig.

Kämpfe zwischen Weissen und Negern wegen des Weltmeisterschaftsboxkampfes.

New York, 5. Juli. Infolge des Sieges des schwarzen Boxers Johnson über den weißen Jeffries zu Reno Nevada ist es allern Abend in vielen Städten des ganzen Landes zu ersten Zusammenstößen zwischen Negern und Weissen gekommen.

Das Eisenbahnunglück bei Dayton.

Cleveland (Ohio), 5. Juli. Nach den letzten Meldungen wurden bei dem Eisenbahnzusammenstoß bei Dayton 19 Personen getötet, 3 tödlich und 6 schwer verletzt.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Berlin, 5. Juli. Wie die Rheinisch-Westf. Ztg. auf Anfrage von der Verwaltung des Bochumer Vereins erfährt, ist die Nachricht über eine angebotene Angliederung des Westfälischen Stahlwerkes an den Bochumer Verein unzutreffend.

Berlin, 5. Juli. Die heutige Verammlung von Gerhard v. Go. Berlin, die über die Vereinigung mit der Mechanischen Seidenweberei von Vienna in Erfeld sowie über die Erhöhung des Aktienkapitals um 800 000 Kr. beschließen sollte, wurde vertagt.

Das russisch-japanische Wandschuren-Abkommen.

Berlin, 5. Juli. Aus Paris wird berichtet: Ueber das zwischen Russland und Japan abgeschlossene Uebereinkommen wird nach gemeldet: Das Abkommen stellt fest, daß beide Vertragsparteien sich verpflichten, ihren gegenwärtigen Verstand zu revidieren, doch sich Russland jedes Eingreifens in die japanische Einflussphäre und Japan seinerseits jeder Störung des russischen Rechtsgebietes in der Wandschuren enthalt.

Verhandlungen zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung wegen Ausfuhrung des Kaiserfestes.

Berlin, 5. Juli. Es bestätigt sich, daß das Reichsamt Staatsdepartement mit der deutschen Regierung in Verhandlungen wegen der Ausfuhrung des Kaiserfestes getreten ist.

Handwerkerbewegung und Gewerbeleben.

Aus der Vorstandssitzung der Handwerkskammer Freiburg. Von den Besuchen und Besichtigungen der Handwerker...

worden. Durch Einführung geeigneter Feuerungskonstruktionen wurden in verschiedenen Gießereien Trodenlammen mit aufliegender Heizung...

Bedeutende Transaktion im deutsch-russischen Holzhandel.

Die bekannte Holzproduktionsfirma Wolf Hermann, Berlin, an der die bedeutenden Holzhandlungshäuser...

Preussische Handelsbank. Die Bank hat in jüngster Zeit an eine Reihe preussischer Kommunen Amortisationsdarlehen gewährt...

Wälsche Textil-Industrie Otterberg. A.G., Otterberg. Im abgelaufenen Betriebsjahre 1909-10 hat sich das Geschäft recht schwierig gestaltet...

Telegraphische Handelsberichte.

Vom Siegerländer Eisenmarkt.

m. Köln, 5. Juli. Vom Siegerländer Eisenmarkt meldet die »Köln. Ztg.« Die erste Hälfte des Wirtschaftsjahres 1910 ist verstrichen...

Shantung-Eisenbahn. * Berlin, 5. Juli. Die Betriebsdroheinnahmen der Shantung-Eisenbahn betragen im Monat Juni 1910 193 000 mexikanische Dollars...

Neues vom Dividendenmarkt. * München, 5. Juli. Der Aufsichtsrat der Rheinische Kolonial-AG...

Insolvenz. * Berlin, 5. Juli. Die Manufakturwarenfirma Bräder Bronner in Währ.-Distrikt ist mit 570 000 Kr. der »Kfz. Stg.« zufolge insolvent...

4prozentige deutsche Staatsanleihe. * Berlin, 5. Juli. Nach längerer Zeit hat sich das Importgeschäft in 4prozentige heimischen Anleihen wieder lebhaft geholt...

Die englische Goldzufuhr. * London, 5. Juli. Wie verlautet, habe Deutschland einen großen Teil der dieswöchentlichen Goldzufuhr aufgekauft...

Telegraphische Börsen-Berichte.

(Privattelegramme des General-Anzeigers.) * Frankfurt a. M., 5. Juli. Fondsbörse. Die Haltung der Börse war bei Eröffnung...

Anseh dazu war zunächst die schwache Tendenz des Londoner Marktes, sowie die Zurückhaltung der Spekulation...

* Berlin, 5. Juli. Fondsbörse. Auch heute eröffnete die Börse wieder ruhiger. Das Hauptinteresse konzentrierte sich wieder auf Russenbank...

In der zweiten Börsehälfte machte die Rückwärtsbewegung weitere Fortschritte...

Mannheimer Effektenbörse.

Vom 5. Juli. (Offizieller Bericht) Heute notierten: Sächsisch-Bayerische Bank-Aktien 117,75...

Table with columns: Banken, Brief Geld, Brief Geld. Lists various banks and their exchange rates.

Industrie.

Table with columns: Industrie, Brief Geld, Brief Geld. Lists industrial companies and their exchange rates.

Transport u. Versicherung.

Table with columns: Transport u. Versicherung, Brief Geld, Brief Geld. Lists transport and insurance companies.

Frankfurter Effektenbörse.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft. Reichsbankdiskont 4 Prozent.

Table with columns: Schlussserie, Wechsel, 4, 5, 4, 5. Lists exchange rates for various locations.

Staatspapier. A. Deutsche. 4, 5, 4, 5. Lists government securities.

Table with columns: 4, 5, 4, 5. Lists various financial instruments and their values.

Aktien industrieller Unternehmen.

Table listing various industrial stocks such as Bab. Raderfabrik, Bab. Jumbo, etc., with their respective prices and values.

Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Table listing transport stocks like Sächs. Eisenb., Hamb. Bad., etc., with prices.

Bausparbriefe. Prioritäts-Obligationen.

Table listing building savings certificates and priority obligations with interest rates and prices.

Bank- und Versicherung-Aktien.

Table listing bank and insurance stocks such as Sächs. Bank, Bayer. Bank, etc.

Kreditaktien 209%, Diskontokonten 188%.

Table listing credit and discount stocks with their respective values.

Berliner Effektenbörse.

Table listing Berlin stock market data for various securities.

Berlin 5. Juli. (Anfangskurs.)

Table listing Berlin stock market data for the 5th of July, including various stocks and bonds.

W. Berlin 5. Juli. (Telegr.)

Table listing Berlin stock market data via telegraph.

Pariser Börse.

Table listing Paris stock market data for the 5th of July.

Londoner Effektenbörse.

Table listing London stock market data, including exchange rates and various securities.

Wiener Börse.

Table listing Vienna stock market data for the 5th of July.

Wien 5. Juli. Nachm. 1.50 Uhr.

Table listing Vienna stock market data in the afternoon.

Berliner Produktenbörse.

Table listing Berlin commodity market prices for various goods.

Postdampfschiff-Verbindungen nach außereuropäischen Ländern.

Table listing shipping routes and schedules to various international destinations.

Überseeische Schiffsahrts-Telegramme.

News reports regarding ship arrivals and departures from New York and other ports.

Marx & Goldschmidt, Mannheim.

Advertisement for Marx & Goldschmidt, Mannheim, including contact information.

Table listing various goods and services offered by Marx & Goldschmidt, with prices and quantities.

Geschäftliches.

Business notices and advertisements, including information about a lottery and a company.

Ein maßgebendes Urteil über die Bedeutung u. den Wert der weltbekannten Marmorbohrer...

Advertisement for Ventilatoren (fans) by STOTZ & CIE. Mannheim, featuring an image of a fan and descriptive text.

